

Hans Jürgen Irmer „durchkreuzt“ die Integration an Lahn-Dill

Hans Jürgen Irmer hat mit seinen Aussagen in der Wetzlarer Neuen Zeitung (s. Anlage) vom 27.04. 2010 **die Grenze übersprungen - überschritten war sie schon lange!**

Herr Irmer hat die Grenzen übersprungen...

Unsere Stadt muss sich für diese Aussagen schämen und sich frühzeitig für ein **buntes Wetzlar und einen pluralen Lahn-Dill-Kreis** positionieren!

Parteiübergreifend - als Modellregion der Integration - müssen wir reagieren und uns deutlich distanzieren.

Kein Bürger und keine Bürgerin der Stadt und des Kreises kann das, was Herr Irmer schreibt, kommentarlos zu den Akten legen. Kein Bürgermeister, kein Landrat oder Parlamentsmitglied darf jetzt schweigen.

Wir müssen hessenweit zeigen, dass Wetzlar und der Lahn-Dill-Kreis einer Willkommenskultur folgen. Wir sind keine Region der Ausgrenzung, der Abschiebung, keine Stadt der Mauern, keine fundamentalistische Sektenhochburg, die Andersgläubige ausgrenzt.

Willkommenskultur statt Ausgrenzung...

Aus dieser Motivation heraus haben wir diesen Offenen Brief geschrieben. Er soll viele Personen, Gruppen und Organisationen dazu bewegen, ein **deutliches und öffentliches Zeichen gegen**

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für Demokratie und ein friedliches Miteinander zu setzen. Das schwarz-weiße Zerrbild, das Herr Irmer in der Öffentlichkeit gemalt hat, soll wieder gerade gerückt und mit Farbe versehen werden.

Ein friedliches und buntes Miteinander...

Wir betonen ausdrücklich, dass es uns nicht darum geht, Herrn Irmer als Person zu diffamieren. Wir kennen seine Verdienste gerade im Sport- und Vereinswesen und seinen unermüdlichen Einsatz für diese Region. Wir sind aber der Überzeugung, dass die Zeit reif ist, öffentlich gegen seine Diffamierungen aufzustehen, gerade **um das Vereinende zu retten und größere Schäden zu vermeiden.**

Gegen Diffamierung von MitbürgerInnen...

Eine Positionierung der gesellschaftlichen Gruppierungen und politisch Verantwortlichen zu den Aussagen von Herrn Irmer in der WNZ (27.04. 2010)

Klare Distanzierung und Positionierung...

hat bisher nur außerhalb von Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis stattgefunden. Mit diesem Brief rufen wir **besonders die politischen VertreterInnen im Stadt- und Kreisparlament auf Farbe zu bekennen.**

Über **eine inhaltliche Entschuldigung Herrn Irmers und eine klare Korrektur seiner Aussagen** würden wir uns sehr freuen. Die negativen Erfahrungen der letzten Jahre hat uns leider gezeigt, dass ein ohnmächtiges Schweigen eher schwerwiegende Rückschläge hervorruft.

Wenn Sie das Anliegen dieses offenen Briefes unterstützen wollen, dann unterschreiben Sie mit Ihrem Namen oder schicken Sie uns eine [email](mailto:info@jugendnetz-wetzlar.de) (info@jugendnetz-wetzlar.de). Wir werden die Namen auf

Mit meiner Unterschrift ein Zeichen für Toleranz und Integration...

www.jugendnetz-wetzlar.de veröffentlichen (Nachname + abgekürzten Vornamen). Wir verzichten auf Angaben einer Organisation, weil dieser offene Brief aus einem überparteilichen, überkonfessionellen und interreligiösen Antrieb heraus entstanden ist.

Erklärungen einzelner Gruppierungen und Organisationen nehmen wir gerne entgegen und veröffentlichen Sie unter www.jugendnetz-wetzlar.de, bzw. leiten Sie an die heimische Presse weiter.

Offener Brief

an die politischen VertreterInnen im Stadt- und Kreistagsparlament

an die politischen AmtsträgerInnen – Oberbürgermeister und Landrat

an die Vertreter der Gewerkschaften, religiösen Gemeinschaften und Kirchengemeinden

an die Vereine und Ausländerbeiräte

an die PädagogInnen und VertreterInnen der Bildungseinrichtungen

an alle BürgerInnen der Stadt Wetzlar und im Lahn Dill-Kreis

ErstunterzeichnerInnen: Dr. Mustafa Ouertani, Joachim Schaefer, Hans Martin Brückmann, Muhammet Ay, Stefan Scholl, Öznur Yüksel, Jörg Kratkey, Esat Öztürk, Deniz Dikme, Mürvet Öztürk, Alexandra Mann, Harald Würiges, Till Eichler, Peter Graben, Heidi J. Stiewink, Ulrich Denkhaus, Annette Greier, Sabine Graben, Katharina Graben, Michael Karg, Klaus Kirdorf, Michael Herbel, Horst Knies, Harald Mende, Unal Sacit, Murat Komac, Zater Yilmaz, Musa Uluday, Sevgi Ersay, Zuleyka Cuna, Arzu Ciner, Janna Hilger, Maximilian Schröder, Michel Honold, Murat Ünal, Kemalö Yüksel, Mehmet Aslan, Sevgi Sakina, Pino Polat, Irene Hahlgans, Martina Anschütz, Wolfram Buder, Hannes Schiller, Michael Kraft, Aysel Ayyüçork, Yilmaz Sener, Elke Eichler, Elisabeth Bötiche, Jana Grieb, Krimhild Tacke, Barbara Suppes, Bülent Özlan, Ohan Soner, Unar Zulfiye, Aylin Ünal, Arzu Unal, Ayla Ünal, Selma Uludag-Mutluoglu, Yilmaz Mutluoglu, Zeynep Asylan, Filiz Komac, Amin Moawad, Hasan Demir, Boris Erkan, Öner Mamer, Ilyas Cengiz, Manfred Gath, A. Banfriedel-Fox, Onur Polat, Johanna Herbel, David Borinski, Beate Lorenz, Oliver Juhnke, Ali Bulut, Ernst von der Recke, Johannes Mied, Beatrix Egler, Klaus Petri, Heidemarie Acko-Petri

Christentum und Islam

Christliche Werte in Schulen zu vermitteln und sich dazu zu bekennen ist ein unterstützenswertes Ziel und steht im Einklang mit der Präambel des Grundgesetzes. Diese Meinung zu haben und zu äußern ist legitim und muss im demokratischen Sinne respektiert werden. Dies aber auf Kosten einer andern Religion zu tun, ist ein Angriff auf die verfassungsrechtlich festgelegte Religionsfreiheit. Weltweit werden Religionen als Instrument, als Waffe im Kampf gegen oft sehr weltliche Ziele eingesetzt: Sie sind nicht die „Brandursache“, sondern höchstens die „Brandbeschleuniger“.

Der Wunsch nach einer Minimierung von muslimischen Menschen ist äußerst verletzend. Sich öffentlich weniger Christen, weniger Juden, weniger Muslime, weniger Buddhisten oder weniger Hindus zu wünschen, ist eine offene Diskriminierung und eine Beleidigung der Menschenwürde. Herr Irmer verunglimpft durch seine Pauschalisierungen seit Jahren BürgerInnen unserer Stadt und diffamiert sie. Er löst eine Stimmung der Ausgrenzung aus und belastet das friedliche Miteinander. Er propagiert eine Segregation und blockiert die Integration. Das vermeintliche Einstehen für das christliche Abendland wird zu einem Kampfbegriff gegen eine religiöse Minderheit.

Daher fordern wir gerade die Kirchen in Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis auf, sich öffentlich von den Aussagen Herrn Irmers zu distanzieren und sich für ein friedliches und demokratisches Miteinander auszusprechen.

CDU Hessen, Lahn-Dill-Kreis, Wetzlar

Es bedarf gemeinsamer Werte und festgeschriebener Gesetze, die für alle gleichermaßen gelten. Das Grundgesetz und die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes gelten gleichermaßen für Muslime und Christen.

Hessen ist ein weltoffenes und tolerantes Land mit einer großen Zuwanderungs- und Integrationstradition. *„Eine erfolgreiche Integration liegt im zentralen Interesse unseres Landes, denn nur in einem konstruktiven gesellschaftlichen Miteinander aller lässt sich die Zukunft erfolgreich gestalten“*, so die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 auf Seite 47.

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist Herr Irmer auch eine Art Sprachrohr der hessischen CDU-Fraktion. Seine Äußerungen hat er nicht als Privatmann in seiner Stammkneipe gemacht. Wer korrigiert ihn, wenn er sachliche Fehler in der Öffentlichkeit verbreitet (wie z.B. seine Fehleinschätzung über polnische MigrantInnen: Sie sind seit über 100 Jahren - längst mit deutscher Staatsangehörigkeit - in unserer Heimat verwurzelt).

Herr Irmer hat Frau Ministerin Aygül Özkan (CDU) die Fähigkeit abgesprochen, deutsche Interessen wahrzunehmen. Zahlreiche Unterstellungen sind in dieser Behauptung enthalten, die innerparteilich geklärt werden müssen. Herr Irmer hat sich auf Bitten seiner ParteikollegInnen im Hessischen Landtag entschuldigt.

Wir erwarten aber eine inhaltliche Distanzierung der CDU VertreterInnen hier vor Ort (in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises) und ein positives Zeichen gegenüber unseren muslimischen und unseren türkischstämmigen MitbürgerInnen.

Fußballverein „Eintracht Wetzlar“

Auf der Homepage der „Eintracht Wetzlar“, dessen Vorsitzender Herr Irmer ist, wird als ein Ziel der Jugendarbeit genannt: *„Entwicklung einer sozial-integrativen Wettbewerbs-Philosophie für alle Mannschaften“*. Mit seinen Aussagen in früherer Zeit und auch jetzt aktuell hat Herr Irmer den „Wettbewerb“ in die falsche Richtung geführt. Er hat einen „Wettbewerb der Kulturen“ ausgerufen. Werden muslimische Mitglieder im „Team-Deutschland“ nicht mehr aufgenommen? Gilt hier auch der Wunsch des Vorsitzenden „Wir brauchen nicht mehr, sondern wenige Muslime!“?

Wir fordern die Verantwortlichen der Eintracht Wetzlar auf, öffentlich zu bekunden, dass muslimische Vereinsmitglieder nicht nur „geduldet“, sondern „erwünscht und willkommen“ sind.

Hessen, Lahn-Dill-Kreis und Wetzlar

Die CDU/FDP- geführte Landesregierung wählte die **Stadt Wetzlar als Modellregion der Integration** aus. Innerhalb des Modellprojektes engagieren sich viele BürgerInnen für die Stärkung einer Willkommenskultur.

Auch der Lahn-Dill-Kreis hat eine plurale und bunte Gesellschaft, in der seit Jahren Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Lebensformen friedlich miteinander leben. Der Kreistag will sich in den nächsten Wochen ausdrücklich zu einem Engagement gegen die Verbreitung von Faschismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie bekennen. Seit Jahren engagieren sich viele Menschen für eine fruchtbare Integration. Immer wieder hat Herr Irmer durch seine Aussagen im Wetzlar Kurier diese Arbeit erschwert.

Wie kommen sich MuslimInnen in unserer Stadt und im Lahn-Dill-Kreis vor: Spricht Herr Irmer für die gesamte CDU, für meinen Nachbarn, für meinen Chef, für meinen Schulkameraden oder im Namen meiner ganzen Schule? Werde ich von allen nun als „Kämpfer für die Weltherrschaft“ angesehen? Bin ich hier nicht mehr erwünscht? Werde ich irgendwann abgeschoben? Werde ich auf Grund meines Glaubens verfolgt werden?

Ist der Satz vom damaligen Innenminister Schäuble „Muslime sind ein Teil Deutschlands“ ernst gemeint und für unsere Region übertragbar?

Um diese Ängste und Missverständnisse aufzuheben fordern wir die politischen Vertreter aller Parteien in Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis auf, sich öffentlich von den Aussagen Herrn Irmers zu distanzieren und sich für ein friedliches und demokratisches Miteinander auszusprechen. Von unserem hessischen Integrationsminister Jörg-Uwe Hahns erwarten wir auch eine deutliche Positionierung.

Auf ewig "Gastarbeiter"

Herr Irmer stößt viele Deutsche mit „Migrationshintergrund“ vor den Kopf. Hier geboren, hier verwurzelt und hier sozialisiert gestalten und bauen sie schon seit Jahren mit an unserer Stadt und unserer Gesellschaft. Die Zahl der SchulsprecherInnen, Rechtsanwälte, Geschäftsleute, BeamtInnen, ÄrztInnen und Parteimitgliedern mit muslimischen Glauben oder mit türkischen Wurzeln steigt jedes Jahr. Sie haben es satt, immer noch als „GastarbeiterInnen“ gesehen zu werden. Herr Irmer drängt sie seit Jahren in eine Legitimations- und Verteidigungsrolle. So wie es jetzt Ministerin Aygül Özkan erfahren musste, so erleben es die Menschen an Lahn Dill schon seit mehr als 10 Jahren. Herr Irmer vermittelt das Gefühl: Ihr seid Gastspieler im „Deutschland-Team“. Wenn ihr gute Leistung bringt und euch anpasst, dürft ihr ein wenig mitspielen. Sobald ihr aber aneckt und eigenes Profil zeigt, kommt ihr auf die Transferliste.

Daher fordern wir den Oberbürgermeister unserer Stadt und den Landrat des Lahn-Dill-Kreises auf, sich öffentlich von den Aussagen Herrn Irmers zu distanzieren und sich für ein friedliches und demokratisches Miteinander auszusprechen.

Erziehung zur Gewaltlosigkeit und Demokratie

Jeder Lehrer und jede Lehrerin wird sich hüten, aus dem Wetzlar Kurier oder in dieser Woche aus der WNZ vorzulesen. Jeder Pädagoge und jede Sozialarbeiterin erlebt täglich wie anfällig Jugendliche für einfache Feindbilder und Radikalismen sind. Begriffe wie „Landnahme“ und „Weltherrschaft“ lösen entweder Angst oder Kampfesstimmung aus. Die pädagogische Sensibilität ist Herrn Irmer abhanden gekommen. Sein Interview wäre in einer Schülerzeitung niemals abgedruckt worden. Gemeinsam gewachsene Identitäten werden von außen getrennt. Worte wie „die Türken“, „die Polen“, „die Muslime“, „die Deutschen“ reduzieren komplexe Sozialphänomene auf wenige Klischees. Die ausgrenzende Sprache eines Herrn Irmers hat im Klassenzimmer nichts zu suchen.

Dass Wetzlar ein Problem mit Neo-Nazis hat, war in den letzten Monaten nicht zu übersehen. Fremdenfeindliche Äußerungen, wie die von Herrn Irmer, sind das Öl im Feuer dieser Jugendlichen, die sich dadurch in ihrem Handeln bestätigt sehen. Wenn hochrangige Politiker ungeschoren eine fremdenfeindliche Atmosphäre verbreiten dürfen, brauchen wir uns über tätliche Übergriffe nicht zu wundern. Wenn in den nächsten Monaten Brand- Mordanschläge verübt werden, dann muss man auch nach den Brandstiftern fragen.

Daher fordern wir alle PädagogInnen in Wetzlar und Lahn-Dill auf, sich öffentlich von den Aussagen Herrn Irmers zu distanzieren und sich für ein friedliches und demokratisches Miteinander auszusprechen.

Liebe muslimische MitbürgerInnen,

wir entschuldigen uns für Herrn Irmer und möchten mit diesem offenen Brief deutlich zeigen, dass wir Ihre Präsenz in Hessen, im Lahn-Dill-Kreis schätzen und achten. Sie sind ein Teil von Hessen und von unserer Stadt und gehören seit Jahrzehnten selbstverständlich dazu. Bitte fühlen Sie sich nicht ausgegrenzt durch die Aussagen eines einzelnen „Volksvertreters“.

Jedes Kind, das hier geboren wird, ist für uns ein Geschenk und ein Hoffnungszeichen für ein zukunftsfähiges, friedliches und buntes Wetzlar.

Wenn Sie das Anliegen dieses offenen Briefes unterstützen wollen, dann unterschreiben Sie mit Ihrem Namen oder schicken Sie uns eine [email](mailto:info@jugendnetz-wetzlar.de) (info@jugendnetz-wetzlar.de). Wir verzichten auf Angaben einer Organisation, da dieser offene Brief aus einem überparteilichen, überkonfessionellen und interreligiösen Antrieb heraus entstanden ist. Erklärungen einzelner Gruppierungen und Organisationen nehmen wir gerne entgegen und veröffentlichen Sie unter www.jugendnetz-wetzlar.de, bzw. leiten Sie an die heimische Presse weiter.

Anlage

Wetzlarer Neue Zeitung 27.04. 2010

Irmer nennt Özkans Ernennung eine "Fehlentscheidung"

CDU-Landtagsabgeordneter kritisiert niedersächsische Ministerin wegen ihrer Äußerungen zum Kruzifix und zur Türkei

Wetzlar (sab). Heftige Kritik an seinen niedersächsischen Parteifreunden übt der hessische CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Lahn-Dill, Hans-Jürgen Irmer (Foto). Grund ist die gestrige Ernennung der Deutsch-Türkin Aygül Özkan (CDU) zur neuen niedersächsischen Sozialministerin.

Er empfehle dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, sich im Vorfeld mehr "Gedanken zu machen, wen man beruft", so Irmer, der die Ernennung der Muslimin Özkan als "Fehlentscheidung" sieht.

Özkan hatte sich gegen Kruzifixe in staatlichen Schulen ausgesprochen und gefordert, eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ergebnisoffen zu prüfen. "So eine Denke bedeutet für mich, dass sie nicht in der Lage ist, deutsche Interessen wahrzunehmen", so Irmer. Dort, wo das Kreuz in Schulen hänge, solle es erhalten bleiben, forderte der CDU-Politiker. Das Kreuz stehe für "die prägende Kraft des Christentums für unsere Kultur schlechthin". Insofern sei für ihn auch das vor Jahren ergangene Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (siehe Kasten) nicht nachvollziehbar.

Als "völlig unvorstellbar" bezeichnete Irmer offene Beitrittsverhandlungen zwischen der EU mit der Türkei. Bekäme die Türkei eine EU-Vollmitgliedschaft, könnten massenhaft Türken nach Deutschland strömen, so Irmer. Dass es in der Vergangenheit ähnliche Sorgen mit Blick auf den EU-Beitritt osteuropäischer Länder gegeben hatte, räumt Irmer ein. Ein Beitritt der Türkei habe aber eine andere Dimension. Menschen aus Polen oder anderen christlich geprägten Ländern seien in ihrer Heimat verwurzelt, kämen nur vorübergehend in andere EU-Länder. Bei Muslimen sei das anders. Kämen sie nach Deutschland sei das "eine gefühlte Landnahme". Irmer: "Der Islam ist auf die Eroberung der Weltherrschaft fixiert."

Wer wie Özkan der EU-Mitgliedschaft der Türkei das Wort rede, leiste einen Beitrag zur Islamisierung Deutschlands. Irmer: "Wir brauchen nicht mehr Muslime, sondern weniger."

